

Anfragen zum Plenum

in der 45. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Benjamin Adjei
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist der aktuelle Planungs- und Umsetzungsstand zum Aufbau der eKOM.Unit Bayern (bitte u. a. Zeitpunkt der formalen Gründung, Zeitpunkt der Arbeitsaufnahme, Erarbeitung der Satzung und Stellenumfang angeben), inwiefern wurden die im Bayerischen Digitalgesetz (BayDiG) Art. 53 beschriebenen Aufgaben der eKOM inzwischen mittels Satzung oder Ähnlichem konkretisiert und welche der aktuellen Unterstützungsangebote für Kommunen (z. B. BayernStore, BayernLOZe, OZG-Checklisten) werden zukünftig von der eKOM übernommen?

Horst Arnold
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, mit welchen jeweiligen Begründungen wurde die in Art. 17 Abs. 1 Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in Bayern (BayÖPNVG) fixierte Pflicht, nämlich alle zwei Jahre einen Schienenannahverkehrsplan aufzustellen, vonseiten der Staatsregierung seit 2005 (ORH Bericht 2019 TNR 34) nicht erfüllt und ist damit zu rechnen, dass die Rechtstreue der Staatsregierung gegenüber eigener Gesetzgebung zeitnah eine Umsetzung dieser gesetzlichen Pflicht gem. Art 17 Abs. 1 Satz 3 BayÖPNVG im Landtag erwarten lässt, nachdem der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit Beschluss vom 27.05.2020 eine Umsetzung dieser gesetzlichen Verpflichtung anmahnte und angesichts der demnächst anstehenden Haushaltsberatungen wegen Art. 29 Abs. I Satz 2 BayÖPNVG zur Optimierung der Beratungsprozesse eine Erkenntnis über „nähere“ Regelungen angebracht wäre?

Johannes Becher
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Kommunalpolitikerinnen bzw. Kommunalpolitiker haben bis heute einen Zugang zu dem im September 2020 eingerichteten bayerischen Online-Meldeverfahren „Konsequent gegen Hass“ erhalten, wie viele der bislang bei der Meldestelle eingereichten Prüfbitten zu Online-Straftaten wurden von Kommunalpolitikerinnen bzw. Kommunalpolitikern aus Bayern eingereicht, und wie vielen sonstigen bayerischen Amts- und Mandatsträgerinnen bzw. Mandatsträger anderer staatlicher Ebenen wurde ein Zugang zum Online-

Meldeverfahren eingeräumt?

Franz Bergmüller
(AfD)

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die vom Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie eingerichtete Koordinierungsstelle Reallabore (BayKoRL) – ausweislich ihrer Veröffentlichung im [www](https://www.ffe.de/projekte/baykorl/)¹ – die Bewerbung von bayerischen Reallaborideen für die Bundesförderung „Reallabore der Energiewende“ unterstützt, frage ich, wie viele Reallabore im Sinn der Bundesförderung „Reallabore der Energiewende“ hat diese Stelle bereits für deren Bewerbung für die Bundesförderung „Reallabore der Energiewende“ unterstützt (falls möglich seit Gründung der BayKoRL unter Angabe eines jeden Projektthemas chronologisch nach abgeschlossenen, laufenden und jetzt schon absehbaren zukünftigen Unterstützung aufschlüsseln), wie viele der für die Bundesförderung „Reallabore der Energiewende“ unterstützten Reallabore in Bayern haben bis zum Zeitpunkt der Beantwortung dieser Anfrage eine Zusage für die Bundesförderung „Reallabore der Energiewende“ erhalten und in welchem Verfahrensstadium befindet sich zum Zeitpunkt der Beantwortung dieser Anfrage die Bewerbung des Reallabors der „Wasserstoff-ChemDelta Bavaria“ aus Altötting/Burghausen (bitte gemessen am üblichen Bewerbungsweg den aktuellen Bewerbungsstand und erwarteten Zeitpunkt einer Entscheidung offenlegen)?

Cemal Bozoğlu
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nach Medienberichten zu Ausschreitungen im Rahmen einer Veranstaltung mit dem Thema „Rechtsextreme Burschenschaften“ im Eine-Welt-Haus in der Schwanthalerstraße in München, frage ich die Staatsregierung, welche Informationen ihr zu den Personen vorliegen, die als Mitglieder der Burschenschaften die Veranstaltung stören wollten, mit welcher Begründung Strafverfahren gegen die jeweiligen Personen eingeleitet wurden und ob Mitglieder der Burschenschaften „Danubia“ und „Alemannia“ ansonsten in den letzten zwölf Monaten strafrechtlich in Erscheinung getreten sind?

Florian von Brunn
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele junge Menschen, also Jugendliche und junge Erwachsene, haben in Bayern in den Jahren 2018 bis 2021 jeweils die Schule, die Berufsausbildung oder das Studium ohne Abschluss abgebrochen oder beendet (bitte getrennte Angabe für das jeweilige Jahr), welche Angebote des Freistaates Bayern gibt es für junge Menschen, die ihre Schulausbildung, ihre Ausbildung oder ihr Studium abgebrochen haben und welche anderen Angebote, zum Beispiel durch Agenturen für Arbeit oder andere Institutionen, existieren für die Betroffenen in Bayern?

Dr. Markus Büchler
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche in Frage kommenden Handlungsoptionen für die Zukunft der Neigetechnik in Bayern untersuchen die Bayerische Eisenbahngesellschaft (BEG) und das Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr (StMB), wie reagiert die Staatsregierung darauf, dass die Neigetechnik in Ba-

¹ <https://www.ffe.de/projekte/baykorl/>

den-Württemberg nicht mehr weiterverfolgt wird und welche Auswirkungen hat der Ausstieg Baden-Württembergs auf die Erstellung eines Kernlastenheftes, das die Anforderungen an ein künftiges Neigetechnikfahrzeug als Nachfolge für den VT 612 enthalten soll?

Kerstin Celina
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Hebammen bzw. Entbindungspfleger mit einem im Ausland erworbenen Examen oder Bildungsausschluss aus Nicht-EU-Ländern stellten in den letzten fünf Jahren einen Antrag im Freistaat Bayern, um ihre Qualifikation für die Aufnahme einer Arbeit in Bayern anerkennen zu lassen (bitte nach Herkunftsländern aufgeteilt angeben), wie viele von den gestellten Anträgen waren erfolgreich (bitte aufgeteilt nach Regierungsbezirken) und welche Mindestvoraussetzungen müssen Hebammen bzw. Entbindungspfleger aus der Ukraine erfüllen, um anerkannt zu werden (beispielsweise Berufsjahre in der Ukraine, Studium o. ä.)?

Maximilian Deisenhofer
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, in welchem Status befindet sich der Antrag auf Förderung für das Reaktivierungsvorhaben „Staudenbahn“ (Gessertshausen – Langenneufnach) aus Mitteln nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG), inwiefern hat sich die Verfügbarkeit von Baukostenzuschüssen nach dem GVFG für den Zeitraum von 2022 bis 2026 im Zusammenhang mit dem Reaktivierungsvorhaben „Staudenbahn“ seit der gemeinsamen Pressekonferenz von Staatsminister Christian Bernreiter und Landrat Martin Sailer im April 2022 verändert (vgl. SZ-Bericht „Kein Zug wird kommen“ vom 02.11.2022) und wann ist beim oben genannten Streckenabschnitt mit einem Baubeginn und letztendlich mit einer Personenbeförderung zu rechnen?

Gülseren Demirel
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Maßnahmen ergreift sie um iranische Staatsangehörige, die sich in Bayern aufhalten und für Demokratie und Freiheit in Iran einsetzen, vor Verfolgung und Repressalien der iranischen Regierung zu schützen, warum wurde eine Resolution der Integrationsbeauftragten der Bundesländer zur Gleichbehandlung aller Geflüchteten, unabhängig von ihrem Herkunftsland, seitens der bayerischen Vertretung nicht unterstützt und sollte die Resolution doch noch von Bayern mitgetragen werden, welche Konsequenzen hätte dies für die Flüchtlingspolitik der Staatsregierung?

Albert Duin
(FDP)

Plant die Staatsregierung Einschränkungen beim Silvesterfeuerwerk zum Jahreswechsel 2022 auf 2023, wenn ja, welche sind das und welche Maßnahmen ergreift die Staatsregierung, um die reguläre Durchführung von Silvesterfeuerwerk mit den Regelungen der Vor-Corona Zeit sicherzustellen?

Katrin Ebner-Steiner
(AfD)

Nachdem bei den Menschen in Bayern die Sorge umgeht, ob man sich aufgrund der Energiekrise überhaupt noch das Heizen in den eigenen vier Wänden leisten können wird, aber auch die kindgerechte Betreuung an den bayerischen Kindertagesstätten nicht nur aufgrund des Personalmangels gefährdet ist, sondern die hohen

Energiepreise sich auch hier niederschlagen, frage ich die Staatsregierung, kann sie zusichern, dass keine staatliche Kindertagesstätte aufgrund der Energiekrise im Winter geschlossen bleibt, falls ja, wie gedenkt sie die Schließungen zu verhindern und falls nein, welche Abwägungen zwischen Kindeswohl und Staatsfinanzen hat sie getroffen?

Martina Fehlner
(SPD)

Angeichts der aktuell vielschichtigen Herausforderungen für Tierheime in Bayern (u. a. steigende Energiekosten, höhere Futtermittelpreise, neue Gebührenordnung beim Tierarztbesuch tritt in Kraft, Rückgang der Spenden und des ehrenamtlichen Engagements während der Coronapandemie, nach Angaben des Tierschutzbundes derzeit „hohe Abgabewelle“, die die Tierheime an die Kapazitätsgrenzen bringt und das steigende Aufkommen an verhaltensauffälligen Tieren) frage ich die Staatsregierung, wie sie die aktuelle Situation der Tierheime beurteilt, welche zusätzlichen Maßnahmen sie geplant hat, um die Tierheime bei der Erfüllung ihrer wichtigen Aufgabe zu unterstützen und ob Entlastungen für Halterinnen bzw. Halter von Haustieren geplant sind, die derzeit an ihre finanziellen Grenzen stoßen?

Matthias Fischbach
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Team- bzw. Aushilfslehrkräfte aktuell an bayerischen Schulen eingesetzt werden (bitte aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken, der Anzahl der Personen und Vollzeitäquivalenten), welche konkreten Pläne sie für deren zukünftigen Einsatz hat und inwiefern ein längerfristiges Budget unabhängig vom Sonderfonds Coronapandemie für angestellte Lehr- und Aushilfslehrkräfte geplant ist?

Anne Franke
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, inwiefern kommt die Forschungsförderung in Bayern „grundsätzlich den aktuellen Herausforderungen im Kontext der Nachhaltigkeit fortlaufend durch entsprechende Förderaufrufe nach“ (vgl. Antwort auf die Schriftliche Anfrage von Anne Franke vom 07.09.2022 – Drs. 18/24606), um welche Förderaufrufe handelt es sich dabei bisher in dieser Legislatur, und wie viel Geld wurde für diese Förderaufrufe bereitgestellt (bitte nach Förderaufruf aufschlüsseln)?

Patrick Friedl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da eine Algenblüte, verursacht durch eine Salzeinleitung in Zusammenhang mit der Hitze, das Massensterben von Fischen an der Oder im Sommer 2022 ausgelöst hat und gleichzeitig der ökologische Zustand der Flüsse und Bäche im bayerischen Teil des Einzugsgebietes des Rheins gemäß der umfassenden Bewertung im Rahmen der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie auch im Jahr 2021 nur zu 8 Prozent mit einem „guten“ oder „sehr guten“ ökologischen Zustand beziehungsweise einem „guten“ ökologischen Potenzial eingestuft wird, frage ich die Staatsregierung, wo gibt es Einleitungen von signifikanten Mengen an Salzen oder Nährstoffen in den Main, die – speziell unter besonderen Bedingungen – Algenblüten hervorrufen können, welche Mengen dieser Stoffe werden dort jeweils eingeleitet (bitte nach Einleitungsort aufgeschlüsselt) und wie wird sichergestellt, dass bei hohen Wassertemperaturen keine Massenvermehrungen toxischer Algen im

Main auftreten können?

Barbara Fuchs
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, nach welcher Methodik erfolgt vonseiten des Freistaates eine Prognose zur Ermittlung des Raum- bzw. Flächenbedarfs für Schulerweiterungen bzw. -neubauten, inwiefern werden dabei in Abstimmung mit den Kommunen sich in Planung befindliche Neubaugebiete berücksichtigt und aus welchen Gründen erkennt die Regierung von Mittelfranken als Genehmigungsbehörde von staatlichen Zuweisungen zu kommunalen Baumaßnahmen an Schulgebäuden die von der Stadt Stein vorgelegten Prognosezahlen aus dem kommunalen „Bevölkerungs-Entwicklungs-Tool“ im Zusammenhang mit der örtlichen Grundschulhaus-Neuplanung nicht an?

Thomas Gehring
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, warum lässt die Bayerische Eisenbahngesellschaft (BEG) für das Allgäu die technischen Voraussetzungen eines Einsatzes von Akkuhybridfahrzeugen untersuchen, warum werden nicht auch andere heute weitgehend mit Dieseltraktion befahrene Netze untersucht und wann werden diese Netze untersucht?

Richard Graupner
(AfD)

Nachdem im Bezirkskrankenhaus in Werneck am Sonntag, den 30.10.2022, sowie Montag, den 31.10.2022, jeweils aufgrund eines Kurzschlusses der Strom für geraume Zeit ausgefallen ist, dem Krankenhaus eine Sucht- und eine forensische Abteilung angehören und allein am Sonntag gemäß Presseberichten ¹ etwa 100 Einsatzkräfte vor Ort ausgerückt sein sollen, um die Lage – vorsorglich, wie es heißt – zu sichern, frage ich die Staatsregierung, wie konnte es nach Kenntnis der Staatsregierung innerhalb kürzester Zeit zu den Kurzschlüssen im Klinikum kommen, welche Einsatzkonzepte (einschließlich Notfallplänen) sind im Falle weiterer Stromausfälle vorgesehen und wie sollen im Falle großräumiger und länger andauernder Stromausfälle Einrichtungen des Justizvollzugs sowie forensische Psychiatrien gesichert werden?

Martin Hagen
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele FÖJ-Plätze (FÖJ = Freiwilliges Ökologisches Jahr) in Bayern bestehen, wie viele Bewerber in den vergangenen drei Jahren jeweils abgelehnt werden mussten und ob sie plant, die Mittel gegebenenfalls zur Durchführung des FÖJ in Bayern zu erhöhen?

Prof. Dr. Ingo Hahn
(AfD)

Nachdem einem Anfang August vom Kabinett verabschiedeten Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Denkmalschutzgesetzes zu entnehmen ist, dass die Staatsregierung weitgehende Lockerungen bei der Errichtung von Windenergieanlagen in der Nähe von Denkmälern plant, der Bau von Windkraftanlagen demnach nur noch bei „besonders landschaftsprägenden Denkmälern“ erlaubnispflichtig sein soll und zu diesen schützenswerten Bauten nach fachlicher Prüfung durch das Landesamt für Denkmalpflege bayernweit rund 100 herausragende Bauten wie bedeu-

¹ <https://www.br.de/nachrichten/bayern/erneuter-stromausfall-im-bezirkskrankenhauswerneck>,
TM1KANG

tende Schlösser, Kirchen und andere Monumente gehören sollen, frage ich die Staatsregierung, welche Kriterien sollen bei der Erstellung der geplanten Liste herausragender Bauten angelegt werden, die nicht von Windkraftanlagen beeinträchtigt werden dürfen, welche „besonders landschaftsprägenden“ Bauten wurden mittlerweile bereits von den zuständigen Behörden identifiziert (bitte nach Bezirken aufschlüsseln) und inwieweit wird durch die geplanten Änderungen der Verfassungsrang des Denkmalschutzes als Staatsziel im Vergleich zu einem neu eingeführten Staatsziel „Klimaschutz“ geschmälert, zumal in der Verfassung bislang kein derartiges Klimaschutzziel verankert ist?

Volkmar Halbleib
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten Verbesserungsziele und konkreten zusätzlichen Projekte (sowohl Investitionen in Verkehrsanlagen, zusätzliche Fahrzeuge bspw. auch Leistungsausweitungen und Verbundförderung) für den Ausbau des ÖPNV und des SPNV werden in den einzelnen bayerischen Regierungsbezirken des Freistaates mit Planungs- bzw. Realisierungshorizont bis einschließlich 2030 seitens der Staatsregierung im Einzelnen in den Blick genommen, unterstützt bzw. priorisiert, welche Projekte können dabei durch Regionalisierungsmittel oder durch andere Finanzierungsinstrumente des Freistaates unterstützt werden (bitte aufgelistet nach Regionalisierungsmitteln und andere Finanzierungsinstrumenten angeben) und welchen Stellenwert nehmen für die Staatsregierung die Realisierung der unterfränkischen Projekte (bspw. etwa die Straßenbahnlinie 6 in Würzburg, die Mainschleifenbahn, die Umsetzung des Region-S-Bahn-Konzepts in Mainfranken und die Barrierefreiheit welcher Bahnhöfe in Unterfranken etc.) ein?

Wolfgang Hauber
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wann ist mit der Änderung des Bayerischen Denkmalschutzgesetzes vor allem im Hinblick auf Neuerungen für einen erleichterten Einsatz erneuerbarer Energien im Denkmalbereich zu rechnen, wann ist konkret geplant, den entsprechenden Gesetzentwurf zum Bayerischen Denkmalschutzgesetz, der eine – den Anforderungen von Denkmalschutz und Klimaschutz Rechnung tragende – deutliche Erhöhung von Photovoltaik-, Solar- und Geothermie-Anlagen zum Ziel hat und auch bereits auf der Homepage des Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst veröffentlicht wurde (siehe „Wir bringen Klimaschutz und Denkmalschutz zusammen“: Neuerungen im Bayerischen Denkmalschutzgesetz (bayern.de)), in den Landtag einzubringen und haben sich gegebenenfalls seit Bekanntgabe und Beschluss im Ministerrat vom 02.08.2022, in dessen Folge auch der Gesetzentwurf auf der Homepage veröffentlicht wurde, nochmals Neuerungen hinsichtlich der im Gesetzentwurf dargestellten Änderungen, beispielsweise durch Rückmeldungen aus Verbandsanhörungen, Expertengesprächen oder Ähnlichem, ergeben?

Christina Haubrich
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist der aktuelle Zustand der IT-Sicherheit in bayerischen Krankenhäusern und medizinischen Einrichtungen, inwiefern schützt man diese Einrichtungen vor

	Hackerangriffen und Cyberattacken und wie schult man Stakeholder und Verantwortliche bezüglich der Risiken, die mit der Digitalisierung der medizinischen Infrastruktur einher gehen?
Elmar Hayn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Ich frage die Staatsregierung, wie viele Brückenklassen wurden in diesem Schuljahr in den einzelnen Regierungsbezirken gebildet (bitte aufgeschlüsselt nach Schulform im jeweiligen Regierungsbezirk), wie viele ukrainische geflüchtete Schülerinnen und Schüler wurden in den jeweiligen Regierungsbezirken an Grundschulen aufgenommen und wie hoch ist der prozentuale Anteil ukrainischer Schülerinnen und Schüler an Grund- und Mittelschulen im Vergleich zu den anderen Schulformen in den jeweiligen Regierungsbezirken?
Dr. Wolfgang Heubisch (FDP)	Angesichts des Programmendes von „BayernMINT – kompetent. vernetzt. erfolgreich“ frage ich die Staatsregierung, mit welchem Nachfolgeprogramm sie nun sicherstellt, die bayerischen Schülerinnen und Schüler noch stärker als bisher für ein Studium der MINT-Fächer zu sensibilisieren, wie viele der – in der Pressemitteilung des Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst (Nr. 011 vom 16.01.2020) angekündigten und bis 2023 in Aussicht gestellten – rund 13 200 zusätzlichen Studienplätze in den technischen Zukunftsfeldern bereits tatsächlich eingerichtet wurden (bitte tabellarische Darstellung der Studienfächer und Hochschulen, um die es sich im Einzelnen handelt) und wie die neu zur Verfügung gestellten Studienplätze von den Studierenden auch real nachgefragt werden (bitte ebenfalls tabellarisch die Auslastung aufführen)?
Christian Hierneis (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Ich frage die Staatsregierung, gibt es Überlegungen, das ehemalige Institut für Genetik im Nordflügel von Schloss Nymphenburg weiter zu nutzen (bitte Interessen und Konzepte konkret darlegen), wurde konkret hierfür eine Schadstoffuntersuchung durchgeführt (bitte Ergebnisse im Wortlaut beifügen) und wurden unabhängig davon seit der Gebäudeschadstofferkundung der Firma UTS im Jahr 2016 dort weitere Schadstoffuntersuchungen durchgeführt (bitte Ergebnisse im Wortlaut beifügen)?
Alexandra Hiersemann (SPD)	Vor dem Hintergrund, dass die Botschaft der Islamischen Republik Afghanistan in einer Verbalnote vom 28.07.2022 (AF/2022/110) das Auswärtige Amt darüber informierte, dass derzeit die Botschaft und die Generalkonsulate in Deutschland grundsätzlich keine neuen Passanträge annehmen können, eine Ausstellung von neuen Pässen nur in Ausnahmefällen erfolgen kann und es nicht absehbar ist, wann Anträge zur Ausstellung neuer Pässe wieder entgegen genommen und bearbeitet werden können (inkl. der Ausstellung und Korrektur von Tazkiras), und aufgrund der daraus möglichen negativen Auswirkungen für afghanische Geflüchtete, die bspw. aufgrund der unverschuldeten Passlosigkeit einen für sie schlechteren Rechtsstatus erhalten oder in einem für sie schlechteren Rechtsstatus verbleiben müssen, frage ich die Staatsregierung, welche Konsequenzen dies für die Betroffenen in Bayern hatte bzw. immer noch hat, ob die Auslän-

derbehörden angewiesen wurden bzw. angewiesen werden, diesen Umstand positiv für die Betroffenen zu berücksichtigen und inwieweit die Behörden in Bayern nun selbst Dokumente/Ausweise für die Betroffenen ausstellen, um negative Konsequenzen für die Betroffenen abzuwenden?

Dr. Helmut Kaltenhauser
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch der Wert der Beteiligung des Freistaates an E.ON nach dem aktuellen Stand ist, welche Bedingungen aus Sicht der Staatsregierung bisher erfüllt waren, die eine staatliche Beteiligung erforderlich gemacht haben und warum diese im Zusammenhang mit dem beabsichtigten Verkauf der Anteile nicht mehr gegeben sind?

Paul Knoblach
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund, dass das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) angekündigt hat (Oktober 2022), im Sinne des Tierschutzes ab dem 01.07.2023 Tiertransporte lebender Rinder, Schafe und Ziegen aus Deutschland in Länder außerhalb der EU deutlich einzuschränken, dass bayerische Zuchtverbände seit mehreren Jahren trotz gegenteiliger Bemühungen des Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz (StMUV) und des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (StMELF) Rinder über das EU-Ausland in Drittstaaten exportieren und dass Staatsministerin Michaela Kaniber sich in ihrer Regierungserklärung (Mai 2021) für ein Ende der Exporten ausgesprochen und in diesem Zuge den bayerischen Zuchtverbänden ein Angebot für einen schnellstmöglichen freiwilligen Ausstieg aus der Exportpraxis gemacht hat, frage ich, wie lautete das Angebot, das den bayerischen Rinderzuchtverbänden durch das StMELF im Jahr 2021 für einen schnellstmöglichen freiwilligen Ausstieg aus dem Export von Rindern in Drittstaaten unterbreitet wurde, welche Vereinbarung konnte vonseiten der Staatsregierung mit den Rinderzuchtverbänden erzielt werden, damit diese Rinderexporte in EU-Drittstaaten über das EU-Ausland freiwillig einschränken und wie viele Mittel werden zu diesem Zweck im laufenden Jahr und in den kommenden drei Jahren an die bayerischen Zuchtverbände fließen?

Claudia Köhler
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Mittel aus dem im März 2022 von der Staatsregierung angekündigten Neustartpaket für bayerische Kulturschaffende über 3 Mio. Euro wurden bis heute bereits abgerufen, welche Maßnahmen wurden davon finanziert und wie sieht die Ankündigung des Staatsministers für Wissenschaft und Kunst Markus Blume beim ersten Ökumenischen Kunst-Empfang der Kirchen „freien Künstlern auch über das drei Millionen schwere Neustart-Paket hinaus unter die Arme zu greifen“, konkret in Zahlen und Maßnahmen ausgedrückt aus?

Natascha Kohnen
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hat sich der Bestand an sozial gebundenen Mietwohnungen in Bayern in den vergangenen 20 Jahren (2002 bis 2022) verändert, wie viele Wohnungen sind in diesem Zeitraum aus der Sozialbindung herausgefallen und wie viele werden nach derzeitigem Stand in den kommenden fünf Jahren aus der Sozialbindung herausfallen (bitte die Antworten

auf alle Teilfragen jeweils nach Jahren und nach Regierungsbezirken aufgeschlüsselt angeben)?

Sebastian Körber
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, inwiefern beabsichtigt sie noch in dieser Legislaturperiode (vgl. Koalitionsvertrag – KoaV. S. 51) das sogenannte Bayerische Flughafenkonzept fertigzustellen (bitte um Angabe des Arbeitsstandes und des vorgesehenen Zeitpunkts der Veröffentlichung), welche Gründe ggf. gegen eine Erarbeitung dessen sprechen und inwiefern die Staatsregierung ein solches Konzept als sinnvoll erachtet?

Andreas Krah
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Anforderungen an die zur Leistungserbringung einzusetzenden Brennstoffzellen-Fahrzeuge hat die Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG) bei der Ausschreibung für den Linienstern Mühldorf 2025+ 2019 gestellt, inwieweit wären diese vom Coradia iLint von Alstom oder vom Mireo Plus H von Siemens zu erfüllen gewesen und welche weitreichenden Änderungen an den Anforderungen an die zur Leistungserbringung einzusetzenden Fahrzeuge begründeten die erneute Ausschreibung für den Linienstern Mühldorf 2025+ 2022?

Sanne Kurz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche der staatlichen Kultureinrichtungen in Bayern haben Notfallpläne für Engpässe oder Ausfälle der Energieversorgung, um den Schutz der wertvollen Kulturgüter und Kunstwerke, die in den Ausstellungsräumen und Archiven der Institutionen lagern sicherzustellen und Schließungen der Einrichtungen zu vermeiden, welche der staatlichen Kultureinrichtungen haben Notfallpläne um sich vor Sabotageakten, auch im Bereich der IT-Sicherheit, zu schützen und so die Sicherheit der Daten von Besucherinnen und Besuchern z. B. zum Zahlungsverkehr aber auch die Sicherheit der Ausstellungsobjekte jederzeit gewährleisten zu können und wie regelmäßig werden diese Pläne überarbeitet und den aktuellen Gegebenheiten angepasst (falls möglich bitte Teilfrage 1 und 2 tabellarisch nach Institution aufschlüsseln und bei Teilfrage 2 in der Tabelle Daten der Überarbeitung bzw. Zahlen zu Intervallen hinzufügen)?

Eva Lettenbauer
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Menschen arbeiten in Bayern teil-sozialversichert oder nicht sozialversichert (bitte aufgeschlüsselt nach Bezirken), welche Art der Beschäftigungen liegt jeweils vor und welche Maßnahmen ergreift sie, damit mehr Menschen eine Absicherung durch Sozialversicherung erhalten?

Stefan Löw
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Einsätze hat die bayerische Polizei 2022 in Asylseinrichtungen des Freistaates durchgeführt, wie viele Personen wurden dabei in Gewahrsam genommen und wie viele Strafverfahren wurden in diesem Zusammenhang eingeleitet (bitte nach Monat und jeweiliger Einrichtung aufschlüsseln)?

Roland Magerl
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Überstunden durch die hauptamtlichen Kräfte im Rettungsdienst im Freistaat Bayern seit Januar dieses Jahres geleistet wurden, wie hoch der Bestand an Überstunden insgesamt ist (aufgeschlüsselt nach Zweckverbän-

den) und ob sie Kenntnis darüber hat, ob die Überstunden aufgrund von steigenden Erkrankungen der Beschäftigten im Rettungsdienst abgeleistet werden?

Christoph Maier
(AfD)

Wie viele Ordnungswidrigkeitsverfahren leitete das für Kempten zuständige Veterinäramt jeweils in den Jahren 2021 und 2022 gegen Personen ein, die Vieh zum Zwecke seiner Schlachtung transportierten und wie erklärt die Staatsregierung etwaige starke Schwankungen zwischen den Jahren?

Gerd Mannes
(AfD)

Nachdem Ministerpräsident Dr. Markus Söder auf dem CSU-Parteitag am 28. und 29.10.2022 in Augsburg äußerte, dass das Coronavirus „mehr der Grippe ähnlich sei“ frage ich die Staatsregierung auf welchen Erkenntnissen beruht diese Aussage (bitte mit Quellenangaben auflisten) wie bewertet sie die Tatsache, dass Ministerpräsident Dr. Markus Söder mit seinem Vergleich zwischen Corona und der Grippe gegen die Nutzungsbedingungen sämtlicher großen Online-Plattformen (Facebook, Twitter, YouTube, etc.) verstoßen hat, da sie den Vorgang der Online-Plattformen gegen vermeintliche „Fake News“ und „Desinformationen“ befürwortet, und seine Aussagen dort demnach gelöscht werden müssten und inwiefern wird sich die Staatsregierung im Hinblick auf die Tatsache, dass noch vor kurzem jeder, der diesen Vergleich anstellte, öffentlich diffamiert und zensiert wurde – übrigens auch durch den Ministerpräsidenten selbst – für eine Rehabilitation aller Staatsbediensteter, die aufgrund ihrer Kritik an der Coronapolitik berufliche Nachteile erfahren haben, einsetzen?

Helmut Markwort
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie sich die Anzahl der Klassen an den bayerischen Ersatzschulen in den Schuljahren 2019 bis 2022 entwickelt hat (bitte aufschlüsseln nach Regierungsbezirk, Schulart und Jahrgangsstufe), wie viele Klassen an bayerischen Ersatzschulen mussten im aktuellen Schuljahr aufgelöst werden (bitte aufschlüsseln nach Regierungsbezirk, Schulart und Jahrgangsstufe sowie – soweit bekannt – Gründe angeben) und wie viele Klassen mussten anderweitig verteilt werden (bitte aufschlüsseln nach Regierungsbezirk, Schulart und Jahrgangsstufe)?

Jürgen Mistol
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, hat die Immobilien Freistaat Bayern (IMBY) eine Machbarkeitsstudie für die Entwicklung der staatlichen Liegenschaften an der Nymphenburger Straße/Linprunstraße zu einem Wohnquartier erstellt, wenn ja, seit wann liegt diese vor und inwiefern werden die Ergebnisse in die Entscheidung über die weitere Nutzung des Justizgeländes einbezogen?

Hep Monatzeder
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie beurteilt sie die aktuelle Menschenrechtslage in der chinesischen Region Xinjiang, wo größte Menschenrechtsverletzung gegenüber der muslimischen Minderheit der Uiguren belegt sind, hat sie Kenntnis darüber welche bayerischen Unternehmen in der chinesischen Region Xinjiang nach wie vor aktiv sind (bitte um Aufzählung) und in welcher Form stellt sie sicher, dass bei Handelsbeziehungen zwischen

	bayerischen Unternehmen und China die Menschenrechte in den Lieferketten eingehalten werden, insbesondere im Hinblick auf die Uiguren in Xinjiang?
Ruth Müller (SPD)	Wie gestalten sich die Pläne der Staatsregierung hinsichtlich der Verlängerung der Fördermittel für die in 2020 gestarteten Second-Stage Modellprojekte für von Gewalt betroffene Frauen und welche Überlegungen gibt es das Projekt Second Stage dauerhaft finanziell abzusichern?
Verena Osgyan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Ich frage die Staatsregierung, wie sich die durch das Bundeskabinett beschlossenen Kürzungen beim Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) auf die bayerischen Hochschulen auswirken werden, welche Kürzungssummen auf Bayern entfallen und auf welche Weise die Programme des DAAD an bayerischen Hochschulen betroffen sein werden (bitte nach Programmen und Förderlinien aufschlüsseln)?
Franz Josef Pschierer (FDP)	Vor dem Hintergrund, dass Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Hubert Aiwanger am 19.10.2022 in der Pressekonferenz zum „Pakt Digitale Infrastruktur“ äußerte, in Bayern gäbe es 90 Prozent 5G-Abdeckung und 99 Prozent 4G-Abdeckung, frage ich die Staatsregierung, auf welcher Grundlage basieren diese Zahlen, wie passen diese Zahlen zur letzten Erhebung im Breitbandatlas der Bundesnetzagentur, laut der im Juli 2022 die 5G-Abdeckung in Bayern bei lediglich 53,70 Prozent lag, liegen ihr neuere Daten zur Mobilfunkabdeckung vor als die von der Bundesnetzagentur veröffentlichten Daten vom Juli 2022 (bitte beifügen)?
Markus Rinderspacher (SPD)	Ich frage die Staatsregierung, in welcher Höhe hat sie die chinesischen Konfuzius-Institute in Bayern im Jahr 2022 gefördert (bitte nach Finanzmitteln, Personalstellenförderung, Grund- und Mietfinanzierung und Instituten aufgeschlüsselt angeben), welche schriftlichen Vereinbarungen existieren zwischen den Konfuzius-Instituten und der Staatsregierung (bitte jeweils im Wortlaut angeben) und in welcher Höhe beabsichtigt sie, die chinesischen Konfuzius-Institute in Bayern in den Jahren 2023ff. zu fördern (bitte nach Jahren, Finanzmitteln und Instituten aufgeschlüsselt angeben)?
Julika Sandt (FDP)	Ich frage die Staatsregierung, wie sich der in der Kabinettsitzung am 06.11.2022 angekündigte Ausbau von zusätzlichen 14 000 Kita-Plätzen auf die einzelnen Bereiche der Kindertageseinrichtungen (Krippe, Kindergarten, Hort) verteilt, mit welchen konkreten Maßnahmen innerhalb eines Jahres die für den Ausbau notwendigen über 1 000 Fach- und Ergänzungskräfte bereitgestellt werden sollen und wie schätzt sie das Verhältnis der geplanten 14 000 Plätze zu den in Bayern aktuell fehlenden Kita-Plätzen (die Schätzungen gehen von bis zu 62 000 fehlenden Plätzen, wenn der Betreuungswunsch der Eltern erfüllt werden soll)?
Jan Schiffers	Ich frage die Staatsregierung, wie viele neue Stellen wurden geschaffen, um die Einmalzahlung in Höhe von 145 Euro für Gehör-

(AfD)	lose in Bayern umzusetzen, befassen sich diese Mitarbeiter ausschließlich mit dem Antragsverfahren zur Auszahlung dieser Einmalzahlung und wie viele Anträge zur Auszahlung der Einmalzahlung sind bis dato eingegangen?
Toni Schuberl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Ich frage die Staatsregierung, wie viele Behandlungsplätze für Wachkomapatientinnen bzw. Wachkomapatienten gibt es in Niederbayern (bitte unter Angabe der jeweiligen Einrichtung), wie viele werden gebraucht und was ist bezüglich der Wachkomastation des Altenheims St. Josef in Obernzell, welches im März schließen soll, geplant?
Stephanie Schuhknecht (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Ich frage die Staatsregierung, hat der Freistaat gegenüber der Deutschen Bahn im Rahmen der Ermittlung der Bahnhofskapazitäten von Ulm Hbf bis Augsburg Hbf für den Zielfahrplan des Deutschlandtakts 2030 sämtliche aktuell bestehenden und für die Zukunft vom Freistaat gewünschten Regionalverkehrsverbindungen gemeldet, falls bestehende Regionalverkehre nicht gemeldet wurden (bitte nach Ziel- und Endbahnhof aufschlüsseln), plant der Freistaat diese Verkehre bis 2030 nicht mehr zu bestellen und welche Bahnhöfe zwischen Ulm Hbf und Augsburg Hbf (gegebenenfalls inkl. der Aus-/Neubaustrecke) der Freistaat ab 2030 (bitte nach Takt und Ziel- und Endbahnhof aufschlüsseln) bedienen lassen möchte?
Katharina Schulze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Ich frage die Staatsregierung, auf welcher Rechtsgrundlage (bitte jeweils unter genauer Subsumtion des Sachverhalts) der Gewahrsam der Aktivistinnen bzw. Aktivisten der „Letzten Generation“, der durch das Polizeipräsidium München am 03.11.2022 mitgeteilt und für die Dauer bis zum 02.12.2022 beantragt wurde, jeweils im Einzelfall polizeilich angeordnet worden ist, und wie jeweils die richterliche Entscheidung – insbesondere die Abänderungen zur polizeilichen Anordnung des Präventivgewahrsams für zwei Personen bis zum Ende des 04.11.2022 und bei einer Person bis zum Ende des 09.11.2022 – begründet worden sind sowie wie die Staatsregierung das Vorgehen der Polizei, etwa gegen den 90-jährigen Pater Joe Übelmesser, bewertet?
Anna Schwamberger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Ich frage die Staatsregierung, warum im Haushaltsentwurf der Staatsregierung für das Jahr 2023 100 Mio. Euro weniger Bildungsausgaben als für das laufende Jahr vorgesehen sind, um welches Personal es sich bei den angekündigten 1 602 neuen Stellen „für die Schulen“ konkret handelt, und wie dieses Personal akquiriert werden soll?
Gisela Sengl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Ich frage die Staatsregierung, wie ist der Sachstand bezüglich der Herkunft des Schadstoffeintrags (polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe) bei der Schrebergartenanlage Alzchem in Trostberg (von außen/aus der Umwelt oder zurückzuführen auf die dort gelagerten Industrieabfälle), welche Genehmigungen (z. B. baurechtlicher Art) oder Prüfungen (z. B. naturschutzfachlicher Art) müssen beim Rückbau einer Schrebergartenanlage im Allgemeinen und in diesem Fall in Trostberg erbracht werden, und müssen

beim Rückbau einer Schrebergartenanlage im Allgemeinen Ausgleichsflächen geschaffen werden?

Florian Siekmann
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Wie erklärt die Staatsregierung, dass auf der Pressekonferenz zum bayerischen Staatshaushalt 2023 am 06.11.2022 – über einen Monat nach der ersten Ankündigung von Ministerpräsident Dr. Markus Söder ein eigenes bayerisches Hilfspaket auf den Weg zu bringen – weiterhin keinerlei Details zu den Antrags- und Vergabemodalitäten für die dringend benötigten Hilfen aus Bereichen, die primär in der Verantwortung des Freistaates liegen und bei denen der Bund lediglich unterstützend tätig sein müsste, bekannt sind, wann wird sie umfassende, klare und zielführende Kriterien für die Hilfszahlungen im Kulturbereich formulieren, die geeignet sind, unsere Kulturinstitutionen und Kulturschaffenden im Kulturstaat Bayern sicher durch den Winter zu bringen und damit das langfristige Bestehen eines breiten und vielfältigen Kulturangebots zu garantieren, für das die Staatsregierung, da der Kulturbereich originäre Ländersache ist, die Verantwortung trägt und werden die Gelder auch rückwirkend, zumindest bis zur ersten Ankündigung durch den Ministerpräsidenten am 21.09.2022, ausgezahlt werden, damit die bereits seit Monaten bestehenden und sich in den kommenden Monaten weiter verschärfenden Härten für die bayerischen Kulturinstitutionen und Kulturschaffenden abgeschwächt werden können?

Ulrich Singer
(AfD)

Nachdem in der letzten Zeit mehrere Kunstwerke von Weltrang von sogenannten Klimaaktivisten zerstört wurden und es auch in Deutschland mittlerweile zu einem Vorfall kam, bei dem trotz Anwesenheit des Aufsichtspersonals ein Gemälde mit mitgeführtem Kartoffelbrei schwer beschädigt wurde, frage ich die Staatsregierung, welche Erkenntnisse hat sie über die Aktivitäten und Pläne sogenannter Klimaaktivisten in Bayern, welche Maßnahmen hat sie bisher ergriffen, um Kunstwerke in staatlichen und nicht-staatlichen Museen vor Zerstörungen durch sogenannte Klimaaktivisten und andere politische Gruppen zu schützen und sind die Aktivitäten und die Ideologie der sogenannten Klimaaktivisten ein Anlass, um das Landesamt für Verfassungsschutz mit der Beobachtung dieser Gruppen zu beauftragen (bitte auf die zunehmende Gewaltbereitschaft und die Vernetzung mit der linksextremen Szene eingehen)?

Christoph Skutella
(FDP)

Bezüglich der geplanten „Solarpflicht“ für Nichtwohngebäude im aktuellen Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Klimaschutzgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften (Drs. 18/23363), frage ich die Staatsregierung, wie die Begriffe „unangemessener Aufwand“ und „übliche Nutzungsdauer“ in § 2 Art. 44a Abs. 5 Nr. 2 Buchst. b) definiert werden, wie die Nachweisführung festgelegt ist und wie strittige Entscheidungen geschlichtet werden sollen?

Ursula Sowa
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, findet, zum Beispiel angesichts steigender und volatiler Energiepreise, bei Vergaben des Freistaats Bayern (insb. in den Bereichen „Bauen“ und „Verkehr“)

eine Betrachtung langfristiger Kosten statt (Life-Cycle-Kostenansatz mit Annahme von Energiekosten und sonstiger Unterhaltskosten über die gesamte Lebensdauer), und wenn ja, nach welchen Kriterien werden die Folgekosten in der Vergabe berücksichtigt und wie wird mit volatilen, schwer einzuschätzenden Preisentwicklungen in der Vergabe umgegangen?

Dr. Dominik Spitzer
(FDP)

Nach der Coronaimpfverordnung (CoronaImpfV) erfolgt die Finanzierung der Impfzentren durch Bund und Land, deswegen frage ich die Staatsregierung, wie hoch belaufen sich die notwendigen Kosten nach § 7 Abs. 2 (CoronaImpfV) pro Monat pro Impfzentrum in Bayern (bitte Aufschlüsselung jeweils nach Personal- und Mietkosten sowie weitere Kosten) seit dem 01.01.2022 bis zum letzten Abrechnungsquartal nach der Coronaimpfverordnung, wie viele Impfungen pro Monat pro Impfzentrum seit 01.01.2022 bis zum 31.10.2022 durchgeführt wurden und mit welcher Begründung wurden die Impfzentren nicht sofort geschlossen, da auch nach der Coronaimpfverordnung gilt, dass die Impfzentren wirtschaftlich betrieben werden sollen, „insbesondere hinsichtlich der Ausstattung mit Personal- und Sachmitteln, der genutzten Räumlichkeiten sowie der Dauer des Betriebs“?

Diana Stachowitz
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele von der Kassenärztlichen Vereinigung (KVB) zugelassene medizinische Versorgungszentren (MVZ) gibt es in Bayern, wie viele davon sind an kommunalen Einrichtungen angegliedert (bitte aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken, Landkreisen und kreisfreien Städten angeben) und wie positioniert sich die Staatsregierung gegenüber dem durch die festgestellte Unterversorgung im KVB Bereich Simbach-Inn (Landkreis Rottal-Inn) bestehenden dringenden Handlungsbedarf zur Sicherstellung der vertragsärztlichen Versorgung?

Ralf Stadler
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Verwaltungsleistungen muss jede Gemeinde in Bayern bis zum 01.01.2023 laut OZG-Umsetzungskatalog in digitaler Form seinen Bürgern anbieten und wie ist zum Zeitpunkt der Beantwortung dieser Anfrage, der Umsetzungsstand jeder der im OZG-Umsetzungskatalog genannten Leistungen in jeder einzelnen Gemeinde in Bayern (bitte tabellarisch nach Gemeinde, Verwaltungsleistung und Umsetzungsstand auflisten, gerne auch als Excel-Tabelle)?

Rosi Steinberger
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bezugnehmend auf die Erkenntnisse über Veränderungen an den Dampferzeugerrohren in den Atomkraftwerken Neckarwestheim 2 und Emsland, die in der öffentlichen Debatte teils als Risse, Rissanzeigen, Wanddickenveränderung oder einfach nur als festgestellte Spannungskorrosion bezeichnet werden, frage ich die Staatsregierung, wie viele Dampferzeugerrohre des Atomkraftwerks Isar 2 wurden bei den vergangenen drei Revisionen in Hinblick auf die eingangs genannten Veränderungen jeweils überprüft, mit welchen Methoden und welche Erkenntnisse hat die bayerische Atomaufsicht auch im Vergleich zu den bauähnlichen Konvoianlagen in Neckarwestheim 2 und Emsland gewonnen?

Dr. Simone Strohmayr
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, trifft es zu, dass sie in der laufenden Legislaturperiode erneut keine Novellierung des vor inzwischen 26 Jahren in Kraft getretenen Bayerischen Gleichstellungsgesetzes (BayGlG) anstreben wird, welche Gründe führt sie an, das Bayerische Gleichstellungsgesetz in dieser Legislaturperiode nicht mehr zu reformieren und welche Konsequenzen zieht sie aus den Expertisen der Sachverständigen, die auf der Anhörung zum Bayerischen Gleichstellungsgesetzes im Landtag am 26.10.2021 einen dringenden Reformbedarf des Gesetzes anmahnten (Kritikpunkte waren u. a. fehlende Gleichstellungskonzepte in den Dienststellen, 15 Prozent Dienststellen ohne Gleichstellungsbeauftragte, zu geringe Zuständigkeit und Ausstattung der Gleichstellungsbeauftragten)?

Martin Stümpfig
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nachdem die massiv gestiegenen Bezugspreise für fossile Energien und damit die laufenden Energiekosten immer wichtiger werden, frage ich die Staatsregierung, mit welchen erwarteten Bezugskosten für die verschiedenen Energieträger kalkulieren die staatlichen Behörden aktuell im Rahmen ihrer Abwägung bei ihren anstehenden Anschaffungen oder Investitionen, für welchen Zeitraum werden die Bezugskosten berücksichtigt und bei welchen Beschaffungsentscheidungen werden die laufenden Energiekosten nicht berücksichtigt?

Gabriele Triebel
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nachdem der damalige Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur Andreas Scheuer die Maßnahme des 4-gleisigen Ausbau der Bahnstrecke München Pasing – Eichenau mit vorranglichem Bedarf des Deutschlandtaktes in den Wegeplan 2021 aufgenommen hat und Planungsaufträge grundsätzlich durch das Land an den Vorhabenträger (DB AG) erteilt werden kann, frage ich die Staatsregierung, in welcher Leistungsphase befindet sich der 4-gleisige Ausbau Pasing-Eichenau, wie stellt sich der Zeitplan zur Realisierung des Projektes und die Finanzierung durch den Freistaat Bayern dar?

Ruth Waldmann
(SPD)

Angesichts des im Bundesvergleich in Bayern nach wie vor unterdurchschnittlichen Anteils von Beschäftigten in Einrichtungen des Gesundheitswesens und der Pflege mit vollständigem Impfstatus gegen COVID-19 (ca. 67 Prozent im Sept. 2022) und des entsprechend überdurchschnittlich hohen Anteils ungeimpfter Beschäftigter (ca. 6 Prozent) frage ich die Staatsregierung, wie viele Beratungsgespräche die Gesundheitsämter im „abgestuften Verwaltungsverfahren“ zur Impfnachweispflicht in den sieben Regierungsbezirken jeweils vereinbart haben, wie viele Bußgelder verhängt worden sind und wie viele Betretungsverbote ausgesprochen wurden?

Margit Wild
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie sieht der konkrete Wortlaut der Bekanntmachung vom 19.09.1973, Az.: III A 6 – 4/118 324, in der die Arbeitszeit der (seinerzeitigen) Pädagogischen Assistenten geregelt wurde, aus?

Andreas Winhart

Ich frage die Staatsregierung, wie viele sogenannte Klimaaktivis-

(AfD)

ten werden derzeit vom Landesamt für Verfassungsschutz überwacht, findet eine Gesamtüberwachung der Klimaaktivisten-Organisation „Letzte Generation“ durch das Landesamt für Verfassungsschutz statt und hat sie über das Landesamt für Verfassungsschutz Kenntnisse über Verbindungen der Organisation „Letzte Generation“ zu Parteien, welche bei der letzten Bundestagswahl in Bayern angetreten sind?

Christian Zwanziger
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Regelung auf Bundesebene stand nach Auffassung der Staatsregierung dem Bau von Freiflächen-PV-Anlagen in Windvorranggebieten in Bayern entgegen, wenn die Planung der Freiflächen-PV-Anlagen die vorrangige Nutzung sicherstellt, ergaben sich konkrete Änderungen an dieser Regelung, von der sie vermutete, dass sie einer Freiflächen-PV-Anlage in Windvorranggebieten entgegen stand, und welche Schritte werden seitens der Staatsregierung auf Landesebene unternommen, um die Genehmigung von Freiflächen-PV-Anlagen in Windvorranggebieten ohne Zeitverzug zu ermöglichen, solange die entsprechende Planung die vorrangige Nutzung als Windvorranggebiet sicherstellt?